



**Berlakovich verheimlicht Ursachen des Bienensterbens
und versorgt chemische Industrie mit internen Daten**

Pressekonferenz

mit

Abg. z. NR DI Dr. Wolfgang **Pirkhuber**, Landwirtschaftssprecher und
HR Mag. Maximilian **Liedlbauer**, Präsidenten d. oberösterr. LV für Bienenzucht

Grüner Klub im Parlament, Löwelstraße 12, 1017 Wien

Wien, am 11. Mai 2011

Grüne Forderungen zum Projekt Melissa:

Volle Transparenz und Information durch AGES und BMLFUW:

- **Bekanntgabe aller Finanzmittel, die die Chemiekonzerne BASF, Syngenta und Bayer bisher am Projekt „Melissa“ beigesteuert haben!**
- **Vollständige Darstellung aller Organisationen und Firmen, die das Projekt „Melissa“ mitfinanzieren in allen Zwischenberichten, im Endbericht, auf der Homepage der AGES (www.ages.at) und in der Forschungsdatenbank DAFNE (www.dafne.at)**
- **Stopp der Verheimlichung des Ausmasses der Pestizid-Kontamination der Bienen durch die AGES bzw. den Minister**
- **Sofortiges Totalverbot der Maissaatgut-Beizmittel aus der Gruppe der Neonicotinoide wie in Deutschland oder Italien**
- **Keine weitere Co-Finanzierung von öffentlicher Risikoforschung durch die davon betroffene Chemie-Industrie**

Berlakovich verheimlicht Ursachen des Bienensterbens

Seit Jänner 2009 haben die Grünen bisher 6 Anfragen an Landwirtschaftsminister Berlakovich zum Thema des österreichischen Bienensterbens gestellt (siehe Liste). Die letzten Anfragebeantwortungen zum 3. Zwischenbericht dieses Projektes mit der Kurzbezeichnung „Melissa“ sind am 2. und 3. Mai im Parlament eingelangt. Die Gesamtkosten des ursprünglichen Projektes mit einer Laufzeit vom 1.3.2009 bis 31.12.2010 waren in der Höhe von € 374.798,08 genehmigt worden. Das Projekt ist um 1 Jahr bis Anfang 2012 verlängert worden.

Berlakovich verweigert in der Antwort auf die Grüne Anfrage die Aussage über das tatsächliche Ausmaß der Pestizid-Kontamination der verendeten Bienen. Gleichzeitig wird zum ersten Mal offiziell bekannt welche Unternehmen der Chemieindustrie und Saatgutwirtschaft am Projekt direkt beteiligt sind:

Zitat: „Dabei handelt es sich um eine Finanzierungsplattform für gemeinsame Forschungsprojekte des BMLFUW, den Bundesländern, einer Eigenleistung der AGES und eines Beitrages eines Unternehmenskonsortiums (Vereinigung der Pflanzenzüchter und Saatgutkaufleute Österreichs, Syngenta Agro GmbH, Bayer Austria GmbH, Bayer CropScience und BASF Österreich GmbH). Der Beitrag des Unternehmenskonsortiums beträgt rund 17% der Gesamtprojektsumme.“

Dieses Unternehmenskonsortiums hat freien Zugang zu allen Projekt-Daten während dem Parlament und damit der Öffentlichkeit das Ausmaß der Pestizid-Vergiftung der Bienen verschwiegen wird! Berlakovich tritt damit das Interpellationsrecht der Abgeordneten mit Füßen!

Zitat: „Im Forschungsförderungsvertrag sind die Rechte und Pflichten der eingebundenen Stellen festgelegt. Insbesondere ist im Vertrag für die Unternehmen zwar die Beteiligung an projektbegleitenden Gesprächen und die **Verfügbarkeit von Daten** (Hervorhebung d. Autor) – keineswegs aber ein Recht auf Daten bzw. die Einflussmöglichkeit auf die Versuchsanstellung – verankert.“

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch ein gewisses politisches Naheverhältnis des ÖVP-Bauernbundes zur chemischen Industrie diese einseitige Informationspolitik verursacht.

Aktuelle Situation und Fakten zum Bienensterben

Österreichweit betragen die Bienenvölkerverluste laut AGES 16,2 % - die Ursachen dafür sind sicherlich zahlreich, darunter auch der Pestizideinsatz im Acker-, Obst- und Weinbau. Etwa seit drei Jahren kommt es zu Bienenschäden durch insektizidgebeiztes Saatgut in intensiven Mais-, Kürbis- und Rapsanbaugebieten in Österreich. Die Vergiftungssymptome äußern sich durch erhöhten Bientotenfall, Flugunfähigkeit, Zittern etc.

Im Jahr 2010 waren 76 Imkereibetriebe und 98 Bienenstände betroffen. Bei den 89 untersuchten Bienenproben waren die Neonicotinoide Clothianidin in 51 Prozent und Thiamethoxam in 23 Prozent der Proben nachweisbar.

Das einzige, was dem Bundesamt für Ernährungssicherheit unter der Verantwortung von Bundesminister Berlakovich jedoch dazu einfiel, war eine Änderung der Anwendungsvorschriften für die Aussaat von Saatgut, das mit den genannten Insektiziden gebeizt wurde, aber kein Verbot dieser giftigen Beizmittel", kritisiert der Landwirtschaftssprecher der Grünen, Wolfgang Pirkhuber, bezugnehmend auf die Informationspolitik der Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES).

Bis vor kurzem (17. 2. 2011) hat die AGES noch vollmundig verlautbart, dass die gesetzlichen Maßnahmen zum Bienenschutz und Schädlingsbekämpfung wirksam und ausreichend sind (Verbot der Mais-Beize bei Einhaltung einer Fruchtfolge!). Nachdem nun erste Ergebnisse der Anbau-Saison 2011 vorliegen und bisher alle Maßnahmen keine statistisch-gesicherte Reduktion des Bienensterbens gebracht hat, wird jetzt vor allem den Landwirten und nicht den Pestiziden die Schuld am Bienensterben in die Schuhe geschoben, obwohl der Zusammenhang von Bienenschäden und insektizidgebeiztem Saatgut endlich ernsthaft erwogen wird.

AGES-Aussendung 29. April 2011

„Wie die bisher verfügbaren Daten im Zuge der Erhebungen im Forschungsprojekt Melissa zeigen, kann zumindest teilweise ein Zusammenhang zwischen Bienenschäden und insektizidgebeiztem Saatgut nicht ausgeschlossen werden (Hervorhebung d. Autor). Die Kontrolle der Saatgutqualität durch das Bundesamt für Ernährungssicherheit (BAES) in der AGES hat gezeigt, dass die Grenzwerte für den Abrieb in allen Fällen eingehalten worden sind. Allerdings gibt es Indizien dafür, dass die gesetzlichen Vorgaben bei der Aussaat nicht eingehalten wurden: Das gilt insbesondere hinsichtlich der erlaubten Windgeschwindigkeit zur Aussaat und für die Vorschrift, die Staubabdrift in benachbarte blühende Pflanzenbestände zu vermeiden. (...) Bis 26.4. wurden Bienenschäden aus drei Bundesländern - Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark - gemeldet.“

Hintergrund-Information – Maisbeize gegen Maiswurzelbohrer

Grund für die Anwendung der Beizmittel ist die Bekämpfung des Maiswurzelbohrers. Diesem kommt man jedoch am besten durch eine konsequente Fruchtfolge-Bewirtschaftung bei. Laut Anfragebeantwortung durch Berlakovich wurde im Jahr 2008 die Fläche von 298 180 Hektar mit Mais bebaut, davon waren 122 870 ha oder 41 % Flächen wo Mais auf Mais gebaut wurde. Anstatt nun Anreize zu setzen, von den umweltschädigenden Maismonokulturen abzugehen, gilt ein Beizverbot nur für jene Betriebe, die bereits Fruchtfolge machen und keinen Mais als Vorfrucht haben. Die Verantwortung sieht Pirkhuber bei Minister Berlakovich. "Während er als Umweltminister im Vorjahr auf dem Dach der Staatsoper ein Loblied auf die Bienen und die Biodiversität gesungen hat, lässt er sie in der heurigen Anbausaison wieder vergiften".

BM Berlakovich und AGES als Erfüllungsgehilfen der Industrie

Es ist auch völlig absurd, dass die AGES teilweise sogar die Empfehlungen von den Pflanzenschutzmittelfirmen Bayer und Syngenta in ihren Anwendungsempfehlungen übernommen hat, wie z.B.: Was der Imker machen kann: Für ausreichende Wasserversorgung der Bienen sorgen (Bienenränke). Es wird empfohlen, Bienenstöcke nicht näher als 20 m von einem mit Mais bzw. Kürbis zu bestellenden Acker aufzustellen. "Anstatt die Pestizid-Industrie in die Schranken zu weisen, doktern die Verantwortlichen in Österreich an praxisfernen und bürokratischen Anwendungsvorschriften herum, während in Nachbarländern wie Deutschland und Italien ein Verbot gilt", zeigt sich Pirkhuber empört.

"Während Deutschland und Italien den einzig richtigen Schluss gezogen haben, werden in Österreich die Imker mit Maßnahmen hingehalten, die offensichtlich unzureichend sind. Nur ein Totalverbot der Neonicotinoide kann dies gewährleisten. Jedenfalls müssen die betroffenen Imker von der Chemie-Industrie entschädigt werden. Alibilösungen und praxisuntaugliche Anwendungsvorschriften, die versuchen, das Problem bei einzelnen Landwirten und Imkern zu sehen, lehne ich strikt ab“, so Pirkhuber.

Links zu den Anfragen der Grünen und die jeweiligen Antworten des Ministers:

29.01.2009:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_00832/fnameorig_148773.html

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_00820/fnameorig_154435.html

10.06.2009:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_02377/fnameorig_160935.html

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_02405/fnameorig_166097.html

10.05.2010

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_05303/fnameorig_185884.html

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_05134/fnameorig_190285.html

18.10.2010

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_06638/fnameorig_197078.html

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_06550/fnameorig_202544.html

02.03.2011

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_07821/fnameorig_208442.html

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_07737/fnameorig_216397.html

03.03.2011

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_07860/index.shtml

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_07778/index.shtml